

## Rentenpolitik jetzt ändern

**BUNDESTAGSWAHL** – Gewerkschaften fordern schnellen Kurswechsel

Allein in Kassel haben Ende August mehr als 2500 Gewerkschafter/innen gegen Altersarmut und für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik demonstriert. Denn wenn jetzt nicht gegengesteuert werde, drohe den Menschen in Deutschland eine massenhafte Altersarmut, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske bei der Kundgebung. Kurz vor der Bundestagswahl erhöhen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften noch einmal den Druck auf die Politik, zahlreiche Veranstaltungen sind geplant, am 15. September wird ein bundesweiter Aktionstag stattfinden.

Damit wollen die Gewerkschaften noch einmal deutlich machen, dass dringend notwendige Änderungen an der Rentenpolitik nicht herausgezögert werden dürfen. Das versuchen zumindest die Unionsparteien, die in ihrem Wahlprogramm davon ausgehen, dass Änderungen am Rentensystem frühestens ab 2030 notwendig seien – und selbst das wollen sie nach der Wahl erst einmal durch eine Kommission prüfen lassen.

Neue Modellrechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung zeigen, dass es zukünftig auch für qualifizierte Beschäftigte mit mittleren Einkommen immer schwieriger wird, eine gesetzliche Rente oberhalb der Grundsicherung oder der Armutsgefährdungsschwelle von aktuell 942 Euro zu erarbeiten. Dabei berücksichtigen die Forscher/innen auch, dass es



immer seltener gelingt, auf 45 Beitragsjahre mit Durchschnittsverdienst zu kommen.

So muss ein Rentner mit 45 Beitragsjahren mindestens 11,42 Euro pro Stunde verdienen haben, um das Grundsicherungsniveau zu erreichen. Bei dem für 2045 prognostizierten Rentenniveau von 42 Prozent läge der Stundenlohn bei 13,06 Euro. Geht man von 35 Beitragsjahren aus, liegt die dafür notwendige Entlohnung bei 16,79 Euro pro Stunde.

### ver.di-Aktionen

Mitte September finden in ver.di-Bezirken und Betrieben bundesweit Aktionen zum Thema Rente statt. Unter anderem wird dabei eine Extra-Ausgabe der „ver.di publik“ zur Bundestagswahl verteilt.

<https://rente-staerken.verdi.de/vor-ort>

„Wir brauchen einen Kurswechsel in der Rentenpolitik, wenn wir nicht in ein absolutes Desaster geraten wollen“, sagte Frank Bsirske daher jüngst in einem Zeitungsinterview. Das gesetzliche Rentenniveau müsse stabilisiert und gestärkt werden. Kleine Renten müssten deutlich aufgewertet, die Erwerbsminderungsrente verbessert werden. Nur gute Arbeit schaffe gute Renten.

Dafür sei es auch notwendig, den Bundeszuschuss in die Rentenkasse deutlich zu erhöhen und die Beitragssätze bis 2040 auf bis zu 25 Prozent anzuheben. Das komme die Arbeitnehmer nicht teurer als die bisherigen Beitragssätze plus private Vorsorge, etwa über Riester-Verträge. „Nur so erfüllen wir das Versprechen, das die solidarische Sozialversicherung den Menschen macht“, so Bsirske. *Heike Langenberg*

**BADEN** ...

... geht das Friseurhandwerk Ende August mit ver.di. Bundesweite Aktionen in 20 Städten machen auf schlechte Entlohnung und fachfremde Ausbildungsbedingungen im Friseurhandwerk aufmerksam. 269 Euro im Osten, 494 Euro im Westen, das ist die durchschnittliche Höhe der Azubi-Vergütungen derzeit. Davon sollen sie nicht nur ihr Leben finanzieren, sie sollen auch teure Käme und Scheren selbst bezahlen. Damit der Branche nicht weiterhin der Nachwuchs fehlt, macht sich ver.di für eine kräftige Anhebung der Azubi-Vergütungen und deren bundesweit einheitliche Entlohnung stark. Unterstützt wird die Gewerkschaft dabei von einer wachsenden Zahl an Azubis. Bereits 1800 von ihnen sind im Rahmen der ver.di-Kampagne „Besser abschneiden“ Gewerkschaftsmitglieder geworden. *hla*

[www.besser-abschneiden.info](http://www.besser-abschneiden.info)

### In der Not

„Ich habe noch keine Gewerkschaft erlebt, die sich in Notsituationen Sanierungstarifverträgen verweigert hätte.“

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske im Interview mit dem „Kölner Stadtanzeiger“ auf die Frage, ob die Tarifbindung in Krisensituationen zum Hemnis werden kann

### PFLEGE

#### Dramatisch schlecht

Verhandlungen über erste Personaluntergrenzen

SEITE 2

### WAHLEN

#### Sorgen um die Zukunft

Warum werden Rechtspopulisten gewählt?

SEITE 3

### HANDEL

#### Bis zu 30 Prozent mehr

Lidl will Logistikbeschäftigte nach Einzelhandelsstarif bezahlen

SEITE 4

### AIR BERLIN

#### Ruinöser Wettbewerb

8200 Beschäftigte vor einer ungewissen Zukunft

SEITE 5

### ENTSCHEIDUNG

#### Eilbedürftigkeit genau prüfen

Gerichte dürfen keine überstrengen Maßstäbe anlegen

SEITE 6

### SAMMLUNG

#### Wahlrecht für alle

Initiative des ver.di-Bundesmigrationsausschusses

SEITE 7



## Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien

(hla) Die Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge seit dem Herbst 2015 stellt für viele eine Art prägender Weichenstellung in der Geschichte der Bundesrepublik dar. Soziales Engagement der Zivilgesellschaft auf der einen Seite und aggressive Ablehnung der Geflüchteten auf der anderen Seite zeigen die Bandbreite der Reaktionen. Auch die Medien sahen sich in der Folge mit einem Vertrauensverlust konfrontiert, der allerdings bereits vorher begonnen hatte. Für die Otto-Brenner-Stiftung hat der Journalismusforscher Michael Haller die Berichterstattung dieser Tage analysiert, bezogen auf den Zeitraum vom Frühjahr 2015 bis zum Frühjahr 2016, von überregionalen Medien bis hin zur Lokalpresse. Dabei hat er vor allem darauf geachtet, ob die Medien ihrer Funktion nachgekommen sind, Entwicklungen kritisch zu beobachten und angemessen zu begleiten.

MICHAEL HALLER: **DIE FLÜCHTLINGSKRISE IN DEN MEDIEN.** TAGESAKTUELLER JOURNALISMUS ZWISCHEN MEINUNG UND INFORMATION, OTTO-BRENNER-STIFTUNG, OBS-ARBEITSHEFT NR. 93, 176 SEITEN. DAS ARBEITSHEFT KANN KOSTENLOSE HERUNTERGELADEN WERDEN UNTER [HTTPS://WWW.OTTO-BRENNER-SHOP.DE/PUBLIKATIONEN/OBS-ARBEITSHEFTE.HTML](https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte.html). DIE PRINTVERSION IST BEREITS VERGRIFFEN.

# Dramatisch schlecht

**PFLEGE** – Verhandlungen über Personaluntergrenzen für pflegeintensive Bereiche

(pm) Anfang Juni hat der Gesetzgeber die Vertragsparteien der Selbstverwaltung beauftragt, Personaluntergrenzen für pflegeintensive Bereiche bis zum 30. Juni 2018 zu entwickeln. Sollte das nicht gelingen, legt das Bundesgesundheitsministerium diese Untergrenzen mit Wirkung zum 1. Januar 2019 fest. ver.di ist mit weiteren Organisationen und Verbänden an diesen Beratungen beteiligt.

Gestartet wurden die Verhandlungen Ende August. Aus diesem Anlass hat ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler die Forderung nach verbindlichen Personalvorgaben per Gesetz für alle Krankenhausbereiche bekräftigt. Verhandlungen über Teilbereiche könnten nur ein erster Schritt sein, dem schnell weitere folgen müssten.

Die extrem hohe Personalbelastung und unzumutbare Arbeitsbedingungen in einem Großteil der Krankenhäuser erforderten schnell wirksame Maßnahmen zur Entlastung des Personals und zur Gewährleistung der Patientensicherheit, so Bühler. Als Soforthilfe fordert ver.di deshalb: Keine Pflegefachkraft soll mehr in einer Schicht allein arbeiten, weder nachts noch am Wochenende. Für eine gute Ausbildung müssen Praxisanleiter/innen freigestellt werden. Im Volumen bedeutet das 20 000 Stellen für Pflegefachkräfte mehr.

Für ver.di ist ein gesetzlicher Rahmen zur Qualitätssicherung, insbesondere mit der Vorgabe bedarfsgerechter Personalzahlen, auch ein wichtiges Wahlkampfthema. Es liege

in der Verantwortung des Staates, flächendeckend für eine gute medizinische Versorgung zu sorgen – schließlich sei die Gesundheitsvorsorge elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Aber auch in der Altenpflege sei ein Sofortprogramm für mehr Personal nötig, um die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs abzusichern. Hier fordert ver.di 1,2 Milliarden Euro im Jahr für rund 40 000 tariflich vergütete zusätzliche Vollzeitstellen. Mindestens die Hälfte davon soll mit Fachkräften besetzt werden.

## Termine der Bewegung für mehr Personal und Entlastung im Krankenhaus

12. September: Aktionstag zum Thema Händedesinfektion. Für gute Hygiene braucht es mehr Personal.

19. September: Wir fordern unsere Pause ein. Denn gute Arbeit braucht auch Erholung zwischendurch. Dass das möglich ist, dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

## TARIFVERTRAG ENTLASTUNG

Mittlerweile hat ver.di in sieben Bundesländern ausgewählte Krankenhäuser in öffentlicher und privater Trägerschaft zu Verhandlungen über einen Tarifvertrag Entlastung aufgefordert. In weiteren 100 Kliniken will ver.di den betrieblichen Druck erhöhen.

<http://gesundheit-soziales.verdi.de/themen/entlastung>

## Gleiche Chancen für alle

**BEHINDERTENPOLITIK** – Politik muss Rahmenbedingungen für inklusive Arbeitswelt schaffen

(pm) Der ver.di-Bundesarbeitskreis (BAK) Behindertenpolitik hat seine Anforderungen an die Parteien zur Bundestagswahl formuliert. Zwar konnten mit dem Bundesteilhabegesetz Verbesserungen für Schwerbehindertenvertretungen erreicht werden, aber wesentliche Punkte, wie die sogenannte Unwirksamkeitsklausel, die Erhöhung der Ausgleichsabgabe und Beschäftigungs-

quote sowie Verbesserungen beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM), konnten noch nicht durchgesetzt werden. Daher sieht der BAK die bisherigen Verbesserungen nur als einen Schritt in die richtige Richtung. Behindert zu sein bedeute noch immer, im Erwerbsleben benachteiligt zu sein.

Aber es sei Anspruch der gewerkschaftlichen Arbeit, Menschen mit

Behinderungen sowie denen, die von Behinderung bedroht sind, Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu geben. Menschen mit und ohne Behinderungen müssten in einer inklusiven Arbeitswelt die gleichen Chancen auf eine Beschäftigung haben.

Die Anforderungen an die Parteien sind zu finden unter <http://tinyurl.com/y7jln7zg>

## Barmer-Mitglieder wählen jetzt

**SOZIALWAHL** – Kandidat/innen der ver.di-Liste können im Internet befragt werden

(red.) Die Mitglieder der Barmer bekommen in diesen Tagen ihre Unterlagen für die Sozialwahl. Sie wählen später, weil erst zum Jahresbeginn die Barmer GEK und die Deutsche BKK zur Barmer fusioniert haben. Ihr Wahlstichtag ist der 4. Oktober. Dann müssen die Wahlunterlagen wieder zurück an die Barmer geschickt worden sein, damit

die Stimme zählt. Die ver.di-Kandidat/innen für die Selbstverwaltungsgremien finden sich bei der Wahl auf der Liste 2. Sie setzen sich ein für die paritätische Finanzierung der Gesundheitsversorgung, für mehr Gesundheitsförderung im Betrieb, für transparente Informationen, um die Gesundheitskompetenz der Versicherten zu stärken. Die

Kandidat/innen der ver.di-Liste bei der Barmer stellen sich auf dem ver.di-Online-Portal [www.sozialversicherung.watch](http://www.sozialversicherung.watch) vor. Hier ist es auch möglich, ihnen Fragen rund um die Selbstverwaltung zu stellen bzw. die Antworten auf die Fragen anderer nachzulesen. Aber auch allgemeine Informationen rund um die Sozialwahl sind dort zu finden.

# Sorgen um die Zukunft

WAHLEN – Neue Studie untersucht, aus welchen Gründen Rechtspopulisten gewählt werden

(pm) Die aktuelle wirtschaftliche Situation nehmen die meisten Menschen in Deutschland als positiv wahr. Dennoch machen sich viele Sorgen um ihre Zukunft. Globalisierung, Freihandel und technischer Wandel sorgen für Verunsicherung, viele haben das Gefühl, auf sich allein gestellt zu sein. Der soziale Zusammenhalt scheint in Gefahr, Zuwanderung und Kriminalität werden als Probleme wahrgenommen.

Soziale Gerechtigkeit ist für mehr als 90 Prozent ein zentraler Wert und Anspruch, ebenso die Durchsetzung von Recht und Ordnung. Abstiegsängste und die Sorge, die Kontrolle über persönliche und gesellschaftliche Lebensumstände zu verlieren, sind verbreitet. Menschen, die befürchten, dass es ihnen und ihren Kindern künftig schlechter gehen wird, oder die der Meinung seien, dass über sie hinweg entschieden werde, neigten überdurchschnittlich häufig der AfD zu. Das gelte insbesondere mit Blick auf das Arbeitsleben und für Beschäftigte, die Überwachung und Kontrolle am Arbeitsplatz erleben. Gewerkschaftsmitglieder sind davon im gleichen Maße wie Nichtmitglieder betroffen, zeigt eine von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) geförderte Studie. Die Wissenschaftler/innen kommen laut einer Pressemitteilung der HBS zu dem Schluss, dass die Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage der wesentliche

Richard Hilmer, Bettina Kohlrausch, Rita Müller-Hilmer, Jérémie Gagné: **Einstellung und soziale Lebenslage.** Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern (pdf), Das Working Paper der Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung Nummer 44 kann heruntergeladen werden unter <http://tinyurl.com/y8uvvgfr>

Treiber sei, die AfD zu wählen. Dabei komme es vor allem auf die subjektive Wahrnehmung der eigenen Lebenslage an. Menschen, die AfD wählen oder es in Erwägung ziehen, befänden sich überwiegend nicht in einer finanziell prekären Situation,

aber sie fühlten sich vor möglichen Krisen in der Zukunft nicht ausreichend geschützt.

„Unsere Antwort kann nur lauten: Mehr Sicherheit im Betrieb mit Tarifverträgen und einer starken Mitbestimmung und eine Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, die Gute Arbeit fördert und sichert, also prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit eingrenzt und sachgrundlose Befristung abschafft“, sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann zu den Ergebnissen der Studie. Wer noch mehr Zeitarbeit wolle, mehr Befristung oder die Arbeitszeit deregulieren wolle, wer nicht die Begriffe Tarifvertrag und Mitbestimmung im Wahlprogramm verankert habe, habe nicht verstanden, was auf dem Spiel stehe.



HEIKE LANGENBERG IST DIE VERANTWORTLICHE REDAKTEURIN DER „VER.DI NEWS“

K O M M E N T A R

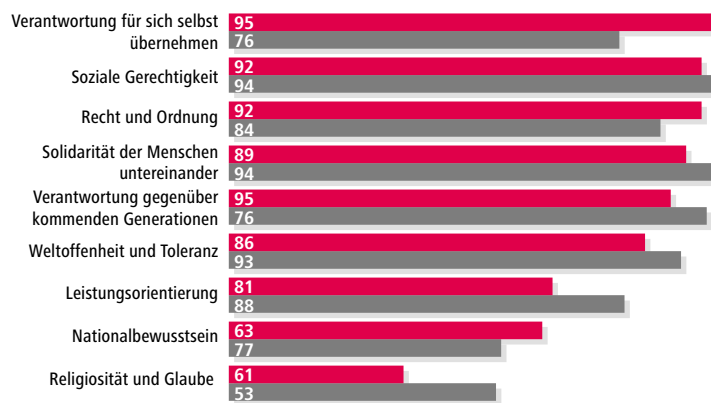
## Auch mal die Programme lesen

Parteien, die in ihren Programmen die drohende Altersarmut negieren oder nicht einmal Tarifverträge oder Mitbestimmung dort verankern? Die sollte man nicht nur als Gewerkschafter/in nicht wählen. Daher hilft es für die eigene Wahlentscheidung immer, sich auch mit den Programmen der Parteien auseinanderzusetzen. Klar sind sie oft voll von blumigen Versprechungen, die im politischen Alltag dann gerne vergessen werden – aber es sind die Versprechungen, mit denen die Politiker/innen um die Stimmen der Wählenden werben. Daran sollte man sie messen, bei der Wahlentscheidung, aber auch in folgenden vier Jahren.

### Wertewandel

Vergleich 2017 mit FES\* 2006, in Prozent

■ 2017 ■ 2006



\*FES: Gesellschaft im Reformprozess (2006); Quelle: Online-Erhebung von pmg-policy matters (2017)

## Auf Basis fehlerhafter Angaben

G-20-GIPFEL – ver.di sieht einen Teil der Verantwortung auch beim Bundespresseamt

(pm) Beim G-20-Gipfel in Hamburg Anfang Juli wurden einigen Journalist/innen die Akkreditierungen entzogen („ver.di news“ berichtete). Jetzt ist bekannt geworden, dass Sicherheitserkenntnisse, die zum Entzug der Akkreditierung führten, in einigen Fällen auf fehlerhaften Angaben, Verwechslungen oder auch langjährigen und damit offensichtlich rechtswidrigen Speicherungen von Daten in sogenannten Verbunddateien der Sicherheitsbehörden beruhten.

ver.di sieht weiterhin einen Teil der Verantwortung für die fälschli-

cherweise entzogenen Akkreditierungen beim Bundespresseamt. Daher hat sich der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke erneut in einem Brief an Regierungssprecher Steffen Seibert gewandt.

Das Amt dürfe Sicherheitserkenntnisse der Behörden nicht einfach ungeprüft übernehmen, sagte Werneke. Das gebiete die Sorgfaltspflicht angesichts der Berufsausübung von Journalisten im Rahmen der grundgesetzlich geschützten Pressefreiheit. Der ver.di-Vize forderte eine lückenlose Aufklärung

der vergangenen Vorfälle, gemeinsam mit den betroffenen Gewerkschaften. Das Bundespresseamt müsse aber auch ein verbindliches Verfahren finden, um derartige Fehler und schwerwiegende Beeinträchtigungen für Journalist/innen in Zukunft zu vermeiden. ver.di hat in acht Fällen Rechtsschutz gewährt und unterstützt betroffene Mitglieder mit einer sogenannten Fortsetzungsfeststellungsklage vor dem Verwaltungsgericht Berlin.

Der Brief Wernekes kann abgerufen werden unter <https://tinyurl.com/y8zxb8w2>

Die Wahlprogramme finden sich jeweils auf den einzelnen Internetseiten der Parteien. Abgeordnetenwatch hat die Links zu den Wahlprogrammen aller Parteien zusammengestellt, die zur Bundestagswahl 2017 antreten:

[www.abgeordnetenwatch.de/bundestag/wahlprogramme](http://www.abgeordnetenwatch.de/bundestag/wahlprogramme)

**B U C H T I P P**

**Arbeiten mit Menschen**

(hla/pm) Der Anteil der Arbeit, die direkt an und mit Menschen verrichtet wird, nimmt kontinuierlich zu. Inzwischen arbeiten 66 Prozent aller Beschäftigten häufig oder sehr häufig mit Menschen. Vor allem im Dienstleistungsbereich ist diese Form der Arbeit, die interaktive Arbeit, weit verbreitet. Die Humanisierung von Arbeit entwickelte sich ursprünglich aus der Auseinandersetzung mit den Arbeitsbedingungen im industriellen Bereich. Die Diskussion über die Humanisierung von Interaktionsarbeit steht hingegen noch am Anfang. Einen Beitrag zu dieser Diskussion leistet dieses Buch, in dem Gestaltungskonzepte vorgestellt und der Forschungsbedarf erläutert werden. Dabei geht es um Aufgaben und Anforderungen, die teilweise auch informell bestehen. Aber auch Kriterien und Grundsätze für die Humanisierung der Interaktionsarbeit sowie Autonomie- und Qualifizierungskonzepte sollen angegangen werden.

VER.DI-BEREICH INNOVATION UND GUTE ARBEIT (HRSG.): **ARBEITEN MIT MENSCHEN – INTERAKTIONARBEIT HUMANISIEREN**, BAND 1: GESTALTUNGSKONZEPTE UND FORSCHUNGSBEDARF, 96 SEITEN, ISBN 978-3766363923. Das Buch erscheint im Herbst im Bund-Verlag und wird ca. 20 Euro kosten. Bis Anfang September können Exemplare einer ver.di-Sonderausgabe zum Preis von 8 Euro bestellt werden. Mehr Infos: <http://tinyurl.com/y7jxc2w>

# Bis zu 30 Prozent mehr

**HANDEL** – Lidl will künftig Logistikbeschäftigte nach Einzelhandelsstarif bezahlen

(pm) Ende Juli hat das Handelsunternehmen Lidl angekündigt, künftig mit den regionalen Lagergesellschaften den Arbeitgeberverband zu wechseln. Dann sollen die rund 3300 Mitarbeiter/innen in den 20 regionalen Logistikzentren nach dem jeweils für den Einzelhandel gültigen Tarifvertrag bezahlt werden und nicht mehr, wie bislang, nach dem Tarifvertrag Logistik. Der Übergang soll nach Angaben von Lidl zum „nächstmöglichen Zeitpunkt“ vollzogen werden.

Die rund 130 Beschäftigten eines Lidl-Logistikzentrums in Graben bei Augsburg hatten schon seit Monaten

für den Wechsel gekämpft. Es kam zu auch zahlreichen Aktionen und Warnstreiks. „Eins ist wieder einmal deutlich geworden: Nur dort, wo sich Beschäftigte in ver.di mehrheitlich organisieren, kann man solche Erfolge produzieren“, sagte Hubert Thiermeyer, ver.di-Verhandlungsführer für den Einzelhandel in Bayern. Für die Beschäftigten bedeutet der Wechsel bis zu 30 Prozent höhere Einkommen.

**SCHUTZ VOR SCHMUTZKONKURRENZ**

Derzeit arbeiten nur noch 30 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel und 21 Prozent der Beschäftigten im Groß- und Außenhandel in tarifgebundenen Betrieben. Angesichts dieser dramatischen Zahlen fordert ver.di eine Reform der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske forderte anlässlich eines Symposiums zum Thema „Allgemeinverbindlichkeit im Handel“ die Arbeitgeberverbände auf, eine Reform der Allgemeinverbindlichkeit

gemeinsam mit ver.di zu organisieren. An deren Ende soll eine Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen stehen. „Das schützt all die Betriebe, die Tariflöhne zahlen, vor Schmutzkonzurrenz“, sagte Bsirske.

Immer öfter würden Unternehmen statt über Produkte, Service und Dienstleistungen über Lohnkosten konkurrieren und dabei Arbeitnehmerrechte schleifen. So zahlten tarifungebundene Unternehmen oft bis zu einem Drittel niedrigere Löhne als tarifgebundene. Hinzu kommt: Im Einzelhandel arbeitet nur noch ein Drittel der Beschäftigten in Vollzeit und die Mehrheit in Teilzeit oder als Minijobber. „Auf Lohnarmut folgt also Altersarmut“, sagte der ver.di-Vorsitzende. Deshalb müssten endlich gesetzliche Maßnahmen her, die die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichterten. „Eine Allgemeinverbindlichkeit muss dazu führen, dass die Tarifverträge dann auch für verbandsungebundene Unternehmen gelten“, so der ver.di-Vorsitzende.

<https://handel.verdi.de/themen/tarifpolitik/ave-kampagne>

**Aktionstag**

Am 9. September veranstaltet ver.di in Düsseldorf einen zentralen Streik- und Aktionstag. Dazu werden Aktive aus der ganzen Republik erwartet. Bei einer Kundgebung sollen unter anderem der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, SPD, sprechen.

**T A R I F L I C H E S**

**EINZELHANDEL** – (pm) Ende Juli kam es in Baden-Württemberg zu einem ersten Abschluss in den regional geführten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Einzelhandel. Hier verständigten sich beide Seiten auf 2,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt rückwirkend zum 1. Juni. Weitere 2,0 Prozent mehr werden ab 1. April 2018 gezahlt. Die Azubi-Gehälter werden entsprechend leicht überproportional angehoben. Im März 2018 erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von 50 Euro und die Azubis von 25 Euro. Teilzeitkräfte profitieren anteilig. Ähnliche Abschlüsse lagen bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe der „ver.di news“ aus den Tarifgebieten Bayern, Berlin, Bremen/Nordsee, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz vor. Teilweise stehen noch die Erklärungsfristen aus. Einen Überblick über die Details der Abschlüsse und die noch laufenden Verhandlungen unter <https://handel.verdi.de/einzelhandel/tarif>

**UNIPER SE** – (pm) ver.di hat sich mit dem Arbeitgeberverband auf die zukünftigen Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten im Uniper-Konzern verständigt. Der Kompromiss umfasst eine Vielzahl von Regelungen, die größtenteils zum 1. Januar 2018 in Kraft treten. Die Uniper SE ist eine eigenständige Gesellschaft, die 2016 durch Abspaltung der Energieerzeugungssparten Wasser, Kohle und Gas der E.ON SE entstanden ist. ver.di betrachtet es als Erfolg, dass unter anderem betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden konnten und die Regelungen die Inanspruchnahme von Vorruhestandsregelungen ermöglichen. Der Tarifvertrag hat eine Mindestlaufzeit bis Ende 2022. Auch die bestehende Anzahl von Ausbildungsplätzen und Standorten wurde abgesichert. Azubis werden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung für mindestens zwölf Monate übernommen. Zwar müssen die Beschäftigten ab Januar 2018

auf ihre individuelle Leistungs-komponente verzichten, dafür bekommen sie im Januar 2018 eine Einmalzahlung von 1000 Euro. ver.di-Mitglieder bekommen ab 2018 eine jährliche Einmalzahlung von 400 Euro. Ab 1. Januar 2019 werden die Vergütungen einheitlich um 50 Euro erhöht. Es wurde eine Erklärungsfrist bis zum 30. September vereinbart.

**DHL HOME DELIVERY GMBH** – (pm)

Am 22. August haben die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der DHL Home Delivery GmbH begonnen. ver.di fordert eine Erhöhung der Entgelte um 5,0 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Arbeitgeberseite hat zum Verhandlungsauftritt kein Angebot vorgelegt und auf die angeblich schlechte Ertragssituation der Gesellschaft verwiesen. Die Verhandlungen sollen am 29. und 30. August, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der „ver.di news“, fortgesetzt werden.

# Ruinöser Wettbewerb

**AIR BERLIN** – 8200 Beschäftigte vor einer ungewissen Zukunft

(ml) Die Fluggesellschaft Air Berlin schafft es nicht mehr aus eigener Kraft und hat Mitte August Insolvenz angemeldet. In den letzten Tagen wurde ein Gläubigerausschuss gebildet, die Bundesregierung stützt das Insolvenzverfahren mit Finanzzusagen. Der Flugbetrieb geht vorerst weiter. Kaufinteressenten haben sich in die Gespräche eingebracht, darunter die Lufthansa und Easyjet. Doch die Beschäftigten sind in großer Sorge, wie es weitergeht.

ver.di setzt alles daran, die Arbeitsplätze zu erhalten. Es dürfe nicht nur um Geld und Maschinen gehen; im Gläubigerausschuss müssten auch die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt werden, fordert ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christine Behle. Sie hat an Gläubiger und Kaufinteressenten appelliert, sich der sozialen Verantwortung zu stellen und die Beschäftigten von Air Berlin zu fairen Konditionen zu übernehmen. Auch die Bundesregierung stehe in der Verantwortung, Druck auf die Verhandlungspartner auszuüben, damit die Air-Berlin-Beschäftigten eine Zu-

kunftsperspektive erhalten. „Die 150-Millionen-Bürgerschaft aus öffentlichen Finanztöpfen muss auch an soziale Bedingungen geknüpft werden“, sagte Behle.

Kritik übte Behle im Zusammenhang mit dem drohenden Aus für die zweitgrößte deutsche Fluglinie

## Aktuelle Hilfe

Um die drängendsten Fragen der Beschäftigten zu beantworten, haben ver.di und DGB-Rechtsschutz eine E-Mail-Hotline für die ver.di-Mitglieder bei Air Berlin eingerichtet. Sie kann unter [airberlin@dgbrechtsschutz.de](mailto:airberlin@dgbrechtsschutz.de) angeschrieben werden. Dabei bitte ver.di-Bezirk und Mitgliedsnummer angeben.

Aktuelle Infos von ver.di stehen auf den Fachbereichsseiten im Internet:

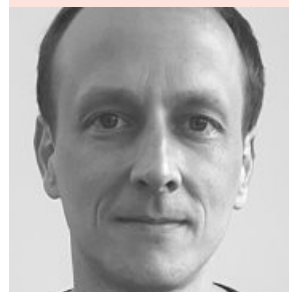
<http://verkehr.verdi.de/branchen/luftverkehr/fluggesellschaften/airberlin>

Die häufigsten Fragen und Antworten zur Insolvenz beantwortet der DGB-Rechtsschutz unter:

[www.dgbrechtsschutz.de/recht/arbeitsrecht/lohn/insolvenz-bei-air-berlin-was-beschaefigte-beachten-muessen/](http://www.dgbrechtsschutz.de/recht/arbeitsrecht/lohn/insolvenz-bei-air-berlin-was-beschaefigte-beachten-muessen/)

auch an der liberalen Wirtschaftspolitik der EU-Kommission. Sie habe „anscheinend kein Interesse an Fluglinien (...), die tarifliche und faire Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen gewährleisten“, so die Gewerkschafterin. Der ruinöse Wettbewerb auf Kosten von Löhnen und Arbeitsbedingungen sei eine Ursache der Fehlentwicklungen, die den Erfolg und die Akzeptanz eines gemeinsamen Europas in Frage stellen.

Die Gewerkschafterin hält es für nicht hinnehmbar, wenn Auftragsvergaben ohne qualitative Vergabekriterien erfolgen, und Flugzeuge beispielsweise Briefkastenfirmen zugeordnet werden, um Steuervorteile zu generieren. Problematisch sei auch, dass belgische Crews mit irischen Verträgen zu irischen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in Belgien fliegen. „Die EU muss von ihrer Politik der rücksichtslosen Liberalisierung und Deregulierung abrücken und stattdessen die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten in den Mittelpunkt stellen“, so Behle.



**VOLKER NÜSSE** IST ZUSTÄNDIG FÜR DIE VER.DI-FACHGRUPPE LUFTVERKEHR UND AIR BERLIN

INTERVIEW

## In den Ruin gespart

### Was rätst Du den Beschäftigten?

Nicht durch Spekulationen verunsichern lassen. Leider ist das Insolvenzrecht ein starkes Schutzrecht für die Gläubiger. Die Beschäftigten können ihre Rechte jetzt nur durchsetzen, wenn sie zusammenhalten und gemeinsam mit ver.di Druck auf die Erwerber und die Politik ausüben, damit die Arbeitsplätze zu ihren Bedingungen erhalten bleiben.

### Welchen Anteil hat die liberale Wirtschaftspolitik der EU-Kommission?

Managementfehler und ein überhasteter Umbau samt Entlassungen fanden in einem deregulierten Umfeld statt, das die Politik der EU-Kommission geschaffen hat. Der zerstörerische Wettbewerbsdruck im Luftverkehr hat unter anderem zu dem monatelangen Chaos bei der Abfertigung in Tegel geführt. Am Ende sparen sich die Unternehmen bei den Gehältern für die Beschäftigten so weit in den Ruin, dass selbst das Kerngeschäft nicht mehr geleistet werden kann.

## Kein Sonderweg bei der Altersversorgung

**VERHANDLUNGEN** – Ergebnis jetzt auch mit ARD und Deutschlandradio erzielt

(pm) ver.di hat Ende Juli ein Ergebnis zur Umsetzung der im Mai vereinbarten Eckpunkte über die Änderung der Altersversorgungs-Tarifverträge der Beschäftigten von ARD und Deutschlandradio erzielt. Es sieht neben der Umstellung der Altersversorgung für Neueingestellte vor, dass die Betriebsrenten für diejenigen, die unter die bereits bestehenden Tarifverträge zur betrieblichen

Altersversorgung fallen, künftig geringer steigen als die Gehälter. Sie bleiben aber an die Tarifsteigerungen gekoppelt. Für ab 2017 fest angestellte Beschäftigte und befristete Beschäftigte wurde die Umstellung auf eine beitragsorientierte Altersversorgung (BTVA) vereinbart.

ver.di besteht darauf, dass alle ARD-Anstalten eine einheitliche Lösung für eine langfristige, sichere

Zukunft der Altersversorgung ihrer Beschäftigten gewährleisten. Verhandelt wird jetzt noch Mitte September mit der Deutschen Welle. Diese sei noch nicht bereit, das Ergebnis anzunehmen. Bleibe sie bei ihrer Haltung, werde ver.di das Ergebnis für die anderen ARD-Anstalten nicht mittragen. „Wir akzeptieren keinen Sonderweg“, sagte ver.di-Vize Frank Werneke.

## Absage per Dreizeiler

**SAS-SENIORENHEIM GEITHAIN** – Geschäftsführung behindert Arbeit der Interessenvertretung

(pm) Mit einem „Dreizeiler“ hat der Geschäftsführer der Seniorenheim am Stadtpark (SAS) gGmbH im Geithain in der Nähe von Leipzig Mitte August eine Betriebsversammlung abgesagt. Der erst 2016 gegründete Betriebsrat hatte die Absage kurz vor Beginn der geplanten Veran-

staltung erhalten. Ein ver.di-Vertreter sollte im Rahmen der Versammlung ein Referat über Chancen und Risiken von Tarifverträgen halten, bisher unterliegen die Beschäftigten noch keinem Tarifvertrag. „Es ist unglaublich, dass es nach fast 30 Jahren wieder gewonnener betrieblicher

Mitbestimmung immer noch Geschäftsführer gibt, die nach Guts herrenart handeln und das Betriebsverfassungsgesetz mit Füßen treten“, kommentierte Bernd Becker, der im ver.di-Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen für das Gesundheitswesen zuständig ist.

**AUCH DAS NOCH**

**Nicht die Nachbarschaft blenden**

(ku) Wer meint, der Umwelt etwas Gutes tun zu wollen, sollte auch die Bedürfnisse seiner direkten Umwelt im Blick behalten. Das musste ein Grundstückseigentümer erfahren, der auf seinem Hausdach eine Photovoltaik-Anlage installiert hat. Mit dem durch diese Anlage produzierten und ins Netz eingespeisten Strom wollte der Mann seinen Beitrag zu einer ressourcenschonenden Energieproduktion leisten. Dabei sah er sich auf der sicheren Seite, hatte doch auch der Gesetzgeber mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein Signal zu Gunsten der Förderung dieser Energieerzeugung gesetzt. Doch der Nachbar zog vor Gericht, er fühlte sich durch die Anlage geblendet, bis zu zwei Stunden am Tag über die gesamte Grundstücksbreite, berichtet die Website [www.kostenlose-urteile.de](http://www.kostenlose-urteile.de). Das Landgericht Duisburg sah als erste Instanz vor dem Hintergrund der gesetzgeberischen Wertung im EEG noch eine grundsätzliche Duldungspflicht einer solchen Anlage. Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf folgte jedoch der Argumentation des Klägers. Die Beeinträchtigung durch das reflektierte Sonnenlicht sei wesentlich, ein Sachverständiger sprach von 130 Tagen im Jahr. Das müsse der Kläger nicht dulden, so das Gericht. Der Solarstromproduzent nebenan muss nachbessern. Allerdings sagte das OLG auch, dass jeder Einzelfall geprüft werden müsse. **Aktenzeichen I-9 U 35/17**

# Eilbedürftigkeit genau prüfen

**BUNDESVERFASSUNGSGERICHT** – Gerichte dürfen keine überstrengen Maßstäbe anlegen

(dgb-rs) Das Bundesverfassungsgericht hat jüngst der Verfassungsbeschwerde eines Hartz-IV-Beziehers stattgegeben, der die vorläufige Bewilligung von Wohn- und Heizkosten eingefordert hatte. Der Leistungsempfänger müsse nicht erst auf eine Räumungsklage warten, bevor er Leistungen erhalte, so das Gericht. Es hat damit eine Entscheidung des Landessozialgerichts (LSG) Nordrhein-Westfalen kassiert, das eine vorläufige Kostenübernahme abgelehnt hatte. Das Gericht überspanne die Anforderungen an die Eilbedürftigkeit, so das Bundesverfassungsgericht.

Geklagt hatte ein Bezieher von Grundsicherung („Hartz IV“), der mit einer weiteren Person in einem Haushalt lebte. Das Jobcenter ging davon aus, dass eine Bedarfsgemeinschaft vorliege und bewilligte die Kosten nur in reduziertem Umfang. Der Leistungsempfänger beantragte daraufhin, dass die Kosten für Unterkunft und Heizung zumindest vorläufig gezahlt werden. Das Sozialgericht hatte ihm Recht ge-

geben, allerdings hob das LSG diese Gewährung wieder auf. Die Begründung: Solange der Vermieter noch keine Räumungsklage erhoben habe, drohe keine Wohnungs- oder Obdachlosigkeit. Daher fehle die notwendige Eilbedürftigkeit für eine vorläufige Gewährung.

**EFFEKTIVER RECHTSSCHUTZ**

Dieser Ansicht widersprach nun das Bundesverfassungsgericht: Das LSG habe es versäumt, die Eilbedürftigkeit anhand der Umstände des Einzelfalls zu prüfen. Stattdessen habe es sich nur pauschal darauf bezogen, ob schon eine Räumungsklage erhoben worden sei. Das Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes fuße auf dem grundrechtlichen Gebot des effektiven Rechtsschutzes gegen jegliche Akte der öffentlichen Gewalt. Vor diesem Hintergrund müsse auch die Sozialgerichtsbarkeit im Eilrechtsschutz entscheiden, wenn den Antragstellern sonst eine erhebliche, irreversible Verletzung ihrer Rechte drohe.

Je wahrscheinlicher es ist, dass erhebliche Belastungen eintreten, die auch nicht wieder rückgängig zu machen sind, desto eher müsse Eilrechtsschutz möglich sein. Die Gerichte dürften hier keinen übermäßig strengen Maßstab anlegen. Das LSG liege falsch, wenn es als Nachteil nur die Obdachlosigkeit zum Maßstab nehme. Auch ein Wechsel der Wohnung müsse vermieden werden. Insgesamt müssten alle negativen Folgen finanzieller, sozialer, gesundheitlicher oder sonstiger Art berücksichtigt werden, die ein Verlust gerade der konkreten Wohnung für den Beschwerdeführer gehabt hätte. „Das Bundesverfassungsgericht hat damit einen realistischen und einzelfallbezogenen Maßstab angelegt, der als Richtschnur für künftige Entscheidungen der Sozialgerichte dienen kann“, ist die Einschätzung von DGB-Rechtsschutzsekretär Tim Bender zu dieser Entscheidung.

**Aktenzeichen 1 BvR 1910/12**

[www.dgb-rechtsschutz.de](http://www.dgb-rechtsschutz.de)

## Nicht nur Vertreter der Anteilseigner

**EUGH** – Deutsche Mitbestimmung ist mit dem Unionsrecht vereinbar

(pm) ver.di hat die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im Rechtsstreit eines Kleinaktionärs gegen den Tourismuskonzern TUI AG begrüßt. Der Kläger war der Ansicht, die deutsche Mitbestimmung benachteilige Beschäftigte in Tochterunternehmen, die in anderen EU-Staaten ansässig sind. Er begründete das damit, dass sie bei den Aufsichtsratswahlen außen vor bleiben. Dem Kleinaktionär war es in dem Verfahren darum gegangen, den Aufsichtsrat des Touristikunter-

nehmens ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner zu besetzen.

„Der Versuch, die Mitbestimmung über den Luxemburger Umweg auszuhebeln, ist gescheitert – die deutschen Regelungen sind unionsrechtskonform“, betonte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Gabriele Gröschl-Bahr. Die deutsche Unternehmensmitbestimmung halte dem Europarecht Stand. Die Regelungen mit ihrer 40-jährigen Erfolgsgeschichte seien im Interesse von

Unternehmen und Beschäftigten gleichermaßen. Zuvor hatten die Richter des obersten europäischen Gerichts im Verfahren endgültig klargestellt, dass das deutsche Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer mit dem Unionsrecht vereinbar sei. Entsprechend hatte sich neben den Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs, Österreichs und der Niederlande auch die EU-Kommission in einer Stellungnahme geäußert.

**Aktenzeichen C-566/15**

**BUCHTIPP**

**Mitbestimmungsgesetze** – (GL) Die Mitbestimmung im Unternehmensrecht ist ein elementarer Bestandteil der deutschen Rechtsordnung, dafür haben die Gewerkschaften lange gerungen. Allerdings ist dieses Recht in mehreren Gesetzen verankert. Das macht die jüngst in der Reihe Beck-Texte im dtv deutlich. Hier werden

in der umfangreichen Textsammlung 23 Rechtsquellen aufgeführt, wie neben dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 mit Wahlordnung, die Montan-Mitbestimmung, das Drittelbeteiligungsgesetz, das SE-Beteiligungsgesetz (europäische Mitbestimmung), Umwandlungsgesetz, Genossenschaftsgesetz, Gesetz über

Mitbestimmung bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen und andere. Eine ausführliche Einführung gibt der Rechtswissenschaftler Dr. Martin Henssler von der Universität Köln.

**MITBESTIMMUNGSGESETZE**, BECK-TEXTE IM DTV, 8. AUFLAGE, MÜNCHEN, 484 SEITEN, 16,90 EURO, ISBN 978-3423055246

# Wahlrecht für alle

**UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG** – Initiative des ver.di-Bundesmigrationsausschusses

(cvz) Fast sieben Millionen Menschen, die ständig in Deutschland leben, sind von den Bundestagswahlen ausgeschlossen. Der Grund: Sie haben keinen deutschen Pass. Sie zahlen hier Steuern, haben Pflichten wie andere Bürger/innen, wählen dürfen sie aber nicht. Das müsse sich ändern, sagt der ver.di-Bundesmigrationsausschuss und fordert das Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen, nicht nur das kommunale, sondern auch das allgemeine Wahlrecht, also auch um die Beteiligung an Bundestagswahlen.

Das Thema beschäftigt viele Migrantinnen und Migranten in ver.di seit langem. Schon 2011 haben sie den Antrag an den ver.di-Bundeskongress gestellt, ver.di möge das kommunale Wahlrecht für alle fordern. „Der Bundesvorstand hat sich dann dafür ausgesprochen, auch das allgemeine Wahlrecht zu for-

dern“, sagt Erdogan Kaya, Vorsitzender des ver.di-Bundesmigrationsausschusses. Das kommunale Wahlrecht durchzusetzen könne der erste Schritt sein. „Dann muss es weitergehen. Ein langer Weg.“

Die in Deutschland lebenden Migrant/innen sollen sich auf regionaler und Bundesebene an allen wichtigen Entscheidungen beteiligen können, beispielsweise in der Gesundheits- und Sozialpolitik, der Bildungspolitik.

**POSTKARTE UNTERSCHREIBEN!**

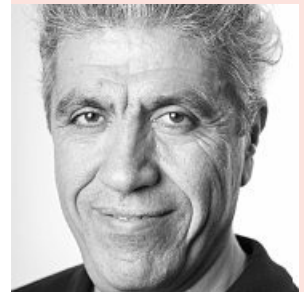
Jetzt hat der Bundesmigrationsausschuss eine Broschüre herausgebracht, in der sich Interessierte schnell informieren können. Auf einer Postkarte können sich alle, die die Wahlrechtsforderung unterstützen wollen, mit ihrer Unterschrift dafür aussprechen, auf Papier oder online. Nach der Wahl sollen die

Karten an die neue Bundesregierung übergeben werden.

Im Rahmen der Initiative werden Aktionen, Veranstaltungen und Infostände in den ver.di-Landesbezirken organisiert. Für Betriebs- oder Personalversammlungen und andere Termine von ver.di gibt es Transparente, auf [www.migration.verdi.de](http://www.migration.verdi.de) können drei Videoclips zum Thema heruntergeladen werden. Aktive Migrant/innen werden Wahlveranstaltungen der demokratischen Parteien vor der Bundestagswahl besuchen und die Kandidat/innen danach fragen, wie sie zum Wahlrecht für Migrant/innen stehen.

„Ich wünsche mir für unsere Initiative noch mehr Unterstützung in ver.di, regional und in den Fachbereichen“, sagt Erdogan Kaya. „Auch für kritische Diskussionen sind wir jederzeit offen. Vor und nach der Wahl.“

[www.migration.verdi.de](http://www.migration.verdi.de)



**ERDOGAN KAYA** IST VORSITZENDER DES VER.DI-BUNDESMIGRATIONSAUSSCHUSSES UND MITGLIED DES GEWERKSCHAFTSRATS

**INTERVIEW**

## Bessere Integration

### Warum ist euch das Thema „Wahlrecht für alle“ so wichtig?

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten auf regionaler und auf Bundesebene an allen wichtigen Entscheidungen beteiligen können. Dass sie einbezogen werden ist auch für eine bessere Integration in Deutschland notwendig. Viele Menschen mit Migrationshintergrund wollen nicht mehr ausgeschlossen bleiben, wenn es um Wahlen und politische Entscheidungen geht. Sie wollen die Partei wählen können, der sie zutrauen, ihre Situation zu verbessern.

### Wie sieht es bei Betriebs- und Personalratswahlen aus?

Daran können sie sich beteiligen, und das läuft gut. Viele Migrantinnen und Migranten wählen die Mitglieder für diese Gremien, sie kandidieren auch selbst und werden gewählt. Sie sind dadurch im Betrieb und in der Verwaltung eingebunden, andererseits profitieren alle Kolleginnen und Kollegen von ihrem Einsatz. Das ist eine Stärkung der Demokratie.

## Einfach mal Danke sagen

**GEFLÜCHTETE** – ver.di Jugend Thüringen bedankt sich bei Ehrenamtlichen

(pm) Mit ihrer Aktion #EinfachMalDankeSagen bedankten sich Vertreter/innen der ver.di Jugend Thüringen Mitte August bei Ehrenamtlichen des Projekts „Mini Decki“ in Gera für deren Arbeit zur Unterstützung von Flüchtlingskindern. In Gera kommen seit April 2016 zwei Mal im Monat Unterstützer/innen in den Räumen des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) zusammen, um gemeinsam Decken für Flüchtlingskinder zu schneiden. Durch dieses Projekt konnten bereits rund 300 individuelle Decken an Flüchtlingskinder übergeben werden. „Eine Decke ist nicht nur eine Decke. Jedes Kind soll

durch unsere Decken Liebe, Geborgenheit und Schutz erfahren“, erklärte eine der ehrenamtlichen Helferinnen die dahinterstehende Idee. Viele Flüchtlingskinder seien traumatisiert und müssten sich aufständig verändernde Umstände einstellen. „Die Decke soll ihnen eine feste Konstante geben, sie bleibt bei ihnen“, ergänzt eine ihrer Kolleg/innen den Ansatz.

Die ver.di Jugend Thüringen möchte im laufenden Jahr mit den Besuchen ehrenamtlicher Helfer/innen in der Arbeit mit Geflüchteten und Migrant/innen deren Einsatz würdigen. „Uns geht es darum, die Hel-

ferinnen und Helfern vor Ort zu besuchen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen“, sagt ver.di-Jugendsekretär Hannes Gottschalk. „Ohne ihr großes Engagement würden unsere Demokratie und unser Zusammenleben nicht funktionieren“, so die Vorsitzende der ver.di Jugend Thüringen, Madeleine Müller. Auch ver.di lebe vom ehrenamtlichen Engagement, stehe für Demokratie, Vielfalt, Respekt und Mitbestimmung. Diese Werte seien notwendig, damit das Miteinander funktioniere.

Kontakt zu Mini Decki-Gera: [Minidecki.gera@gmx.de](mailto:Minidecki.gera@gmx.de)  
<http://jugend-thueringen.verdi.de>

## Gemeinsam kann ich alles

**AKTIONSWOCHE** – Vorbereitungen für Anfang November laufen auf Hochtouren

(red.) Für Anfang November, in der Zeit vom 6. bis zu 10. November, plant ver.di ihre 9. Aktionswoche. Sie steht diesmal unter dem Motto „Gute Ausbildung – Gute Arbeit – Gemeinsam kann ich alles“. Schwerpunkt dieser Aktionswoche liegt –

wie schon im Vorjahr – bei der Ansprache von Auszubildenden und jungen Beschäftigten. Denn die Organisation von Auszubildenden ist und bleibt für ver.di eine Zukunftsfrage. Die Vorbereitungen für die Aktionswoche laufen bereits. Ge-

plant sind wieder zahlreiche Aktionen in den Betrieben und den ver.di-Bezirken. Auch im Intranet gibt es zahlreiche Arbeitsmaterialien.

Kontakt für Rückfragen und Anmerkungen:  
[aktionswoche@verdi.de](mailto:aktionswoche@verdi.de)



# Starker Tobak

**B U C H T I P P** – Stefan Dietls Buch zum Verhältnis von Gewerkschaften zur AfD

STEFAN DIETL:

**DIE AfD UND DIE SOZIALE FRAGE. ZWISCHEN MARKTRADIKALISMUS UND VÖLKISCHEM ANTIKAPITALISMUS**  
UNRAST-VERLAG, MÜNSTER,  
14 EURO, 168 SEITEN,  
ISBN 978-3897712386

## ver.di news

ERSCHEINT 14-TÄGLICH

### HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGS-  
GEWERKSCHAFT VER.DI,  
FRANK BSIRSKE, VORSITZENDER

### CHEFREDAKTION:

DR. MARIA KNIESBURGES

**REDAKTION:** HEIKE LANGENBERG  
(VERANTW.), CLAUDIA VON ZGLINICKI,  
MARION LÜHRING

**LAYOUT:** HELMUT MAHLER

**INFOGRAFIK:** KLAUS NIESEN

**CARTOON:** THOMAS PLASSMANN

**DRUCK:** ALPHA PRINT MEDIEN AG,  
DARMSTADT

**ADRESSE:** REDAKTION VER.DI NEWS,  
PAULA-THIEDE-UFER 10,  
10179 BERLIN,  
TEL.: 030/69 56 1069,  
FAX: 030/69 56 3012  
VERDI-NEWS@VERDI.DE  
WWW.VERDI-NEWS.DE

**HINWEIS:** DIE AUSGABE 13

ERSCHEINT AM 16. SEPTEMBER 2017

[www.verdi.de](http://www.verdi.de)

## Abschau

„Das gelbe Wahlprogramm ist ein Verarmungsprogramm für die arbeitende Bevölkerung und sozial Benachteiligte. Die großen liberalen Vordenker würden sich mit Abscheu abwenden, wenn sie das miterleben müssten.“

ver.di-Chefökonom Dierk Hirschel in der „Frankfurter Rundschau“ zum Wahlprogramm der FDP

Für viele dürfte das Buch von Stefan Dietl starker Tobak sein. Gerade deshalb sind dem Werk „Die AfD und die soziale Frage“ viele Leser/innen zu wünschen. Die gewerkschaftsinterne Diskussion, die Dietl im letzten Drittel seines Buches anstoßen will, scheint überfällig.

Zunächst widmet sich der Autor allerdings der Entstehungsgeschichte der AfD, zeichnet ihre inneren Spannungsfelder und die Positionen einzelner Personen nach und verliert sich dabei gelegentlich in zu vielen Details und Verweisen auf ideologische Vorbilder in der Geschichte. Dann folgt eine Analyse der sozialen Zusammensetzung der Partei, der Wählerwanderungen hin zu den Rechten und Positionen internationaler Schwesterorganisationen. Spannend und provokativ wird es dann im Schlusskapitel: „Die AfD stoppen – Gegenmacht organisieren.“

Hier beschreibt Dietl zugespitzt die Politik der DGB-Gewerkschaften

in den vergangenen 20 Jahren. Lange Zeit nahmen die für sich in Anspruch, zu den wichtigsten Protagonisten im Kampf gegen rechts und auch gegen die 2013 gegründete und spätestens 2015 klar nach rechts gerückte AfD zu zählen. Doch „obwohl die Gewerkschaften die AfD als rassistisch und arbeitnehmer\*innenfeindlich kritisierten, machten immer mehr Gewerkschaftsmitglieder ihr Kreuz bei der Partei“, konstatiert der Autor, der selbst ehrenamtlich im Landesvorstand von ver.di Bayern aktiv ist. Studien belegen, dass rassistische und rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich oft anzutreffen sind (siehe auch Seite 3).

Dietl sucht die Ursachen in der Ausrichtung der deutschen Gewerkschaftspolitik. Die sei geprägt von „Standortnationalismus“: Die sozialpartnerschaftliche Vorstellung, dass Arbeitgeber und Beschäftigte

letztendlich in einem Boot sitzen und gemeinsam in Konkurrenz zu Betrieben im Ausland stehen, sei anschlussfähig an AfD-Positionen. Gleiches trafe für das Leistungsprinzip zu. Das werde vor allem von qualifizierten Facharbeiter/innen und Angestellten hochgehalten – eine Gruppe, die in Gewerkschaften überrepräsentiert sei und heute stark unter Abstiegsängsten leide. Nicht wenige versuchten, dem durch Abgrenzung nach unten zu begegnen.

Diese Entsolidarisierung hätten, so Dietl, die Gewerkschaften stark befördert, indem sie an Regelungen zu Leiharbeit oder Hartz IV mitgewerkelt hätten, statt einen harten Konfrontationskurs zu fahren. Das ist Dietls These. So habe sich die soziale Schere in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten so stark geöffnet wie in kaum einem anderen europäischen Land.

Annette Jensen

## TERMIN E

Vor fast zehn Jahren hat Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU, in Dresden die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen. Jetzt zieht der DGB am 8. September in Berlin beim **Bildungsgipfel** eine Bilanz und fragt, ob wir eine gesellschaftliche Bildungsstrategie brauchen. Mit dabei ist auch ver.di-Bundesvorstandsmitglied Ute Kittel. Mehr Infos: [www.dgb.de/termine](http://www.dgb.de/termine)  
Bei einem bundesweiten Aktionstag macht das Bündnis **Reichtum umverteilen**, dem auch ver.di angehört, bei verschiedenen Aktionen noch einmal auf seine Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit aufmerksam. Damit soll kurz vor der Bundestagswahl noch einmal Druck auf die Politik gemacht werden. Mehr Infos: [www.reichtum-umverteilen.de](http://www.reichtum-umverteilen.de)

## PERSONELLES

Im Juni 2017 ist **Gerd Herzberg**, ehemaliger stellvertretender ver.di-Vorsitzender, aus der Funktion des Vorsitzenden des Stiftungsvorstands der DAA-Stiftung Bildung und Beruf ausgeschieden. Seine Funktion übernimmt ver.di-Bundesvorstandsmitglied **Christoph Meister**, zuständig für den Fachbereich Finanzdienstleistungen und gewerkschaftliche Bildung. Er hat bereits dem Stiftungsvorstand angehört. Neu im Stiftungsvorstand ist **Holger Kloft**, Geschäftsführer der Vermögensverwaltung der ver.di GmbH. Neu im Stiftungskuratorium ist **Berthold Bose**, Leiter des ver.di-Landesbezirks Hamburg. Er folgt **Leni Breymaier**, einst ver.di-Landesbezirksleiterin in Baden-Württemberg und mittlerweile SPD-Vorsitzende in diesem Bundesland.

## NACHRU F

Die Kollegin **Christina Frank** ist Mitte August im Alter von 62 Jahren gestorben. Sie hatte ihre hauptamtliche gewerkschaftliche Tätigkeit im September 1991 als Gewerkschaftssekretärin bei der ÖTV begonnen. Zuvor hatte sich die diplomierte Pädagogin unter anderem als freigestellte Personalratsvorsitzende der LVA für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt. Bis 1996 betreute Christina Frank die Bereiche Bildung und Frauenpolitik sowie den Bereich der Sozialversicherung. Im Februar 1996 wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden der ÖTV-Bezirksverwaltung gewählt. Nach Gründung von ver.di betreute sie anfangs den Fachbereich Finanzdienstleistungen und fand dann im Fachbereich Handel im ver.di-Bezirk Stuttgart ihre letzte berufliche Heimat.